

Nachrichten vom 13.12.2019

Glyphosat-Verbot beschlossen

Herbizid darf nicht mehr auf Äckern benutzt werden, die der Stadt gehören

VON NIKLAS PINNER

Bergheim. Mehr als ein Jahr, nachdem die SPD den Antrag gestellt hatte, soll das Verbot von Glyphosat und Neonikotinoiden auf allen von der Stadt Bergheim verpachteten Flächen kommen. Dabei handelt es sich vor allem um Äcker. Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Liegenschaften und Finanzen (Wilifi) hat den Antrag bei zwei Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt. Ab November 2020 soll das Verbot gelten, bis dahin müssen die auslaufenden Verträge mit den Pächtern geändert werden.

Wie berichtet, stand der Antrag im September 2018 zunächst im Ausschuss für Planung und Umwelt auf der Tagesordnung, wurde dann im Ausschuss für Feuerwehr und städtische Dienste beschlossen. Dafür war dieser Ausschuss jedoch nicht befugt. Das Glyphosat-Verbot war im Oktober dieses Jahres erneut Thema des Wilifi, der Ulrich Timmer von der Landwirtschaftskammer und Ralf Bilke vom Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) dazu hörte.

Faßbender und ihr Parteikollege Peter Hörren argumentierten, dass die Stadt Bergheim mit diesem Beschluss im Interesse der Gesundheit ihrer Bürger handele und auch aus ökologischen Gründen dem dramatischen Rückgang der Artenvielfalt entgegenwirke. Auf öffentlichen Grünflächen gilt bereits ein solches Verbot. „So ist es nur folgerichtig, dass wir jetzt in ganz Bergheim, auch auf unseren kommunalen verpachteten Äckern darauf verzichten.“

Thomas Roos von den Grünen enthielt sich bei der Abstimmung. Er könne dem nicht zustimmen, wenn über den Antrag seiner Fraktion nicht ebenfalls abgestimmt werde, sagte er. Der Antrag der Grünen ging noch weiter. Sie fordern unter anderem, biologisch zu düngen und nur Gülle zu verwenden, die von Tieren aus dem eigenen Betrieb stammt. Bei der Verwendung der Gülle solle ein Schutzstreifen von fünf Metern zu Gewässern frei gehalten werden. Auch die Fraktion „Für die Heimat“ enthielt sich. „Wir können die Bauern nicht so unter Druck setzen“, erklärte Jürgen Hintz.



Bauern, die Felder der Stadt Bergheim gepachtet haben, dürfen künftig kein Glyphosat und keine Neonikotinoide ausbringen. Foto: dpa

KOMMENTAR

Politik setzt die richtigen Zeichen

Niklas Pinner zu den Umweltbeschlüssen in Bergheimer Gremien



Einem begrüßenswerten Zusammenhang zwischen den Fraktionen mit Ausnahme der „Fraktion für die Heimat“ zeigten die Bergheimer Politiker in der jüngsten Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses. Zwar wurde der „Klimanotstand“ nicht ausgerufen, aber wichtiger als das Wort ist ohnehin das, was tatsächlich getan wird. Die Anträge von CDU, SPD und Grünen sind umfassend – die Politik möchte offenbar etwas tun.

Auch das Verbot von Glyphosat und Neonikotinoiden auf von der Stadt verpachteten Flächen ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wichtig ist allerdings, die Landwirte nicht als Buhmänner dastehen zu lassen, sondern Artenschutz gemeinsam umzusetzen. Er geht ja auch alle etwas an.

Wie in einer vorigen Sitzung ein Landwirtschaftsvertreter erklärte, solle ein generelles Verbot ohnehin bald kommen. Dass dies nun hier früher passiert, ist nicht nur ökologisch gut, sondern auch ein deutliches Zeichen der Politik, genauso wie der Beschluss, Auswirkungen auf das Klima bei politischen Entscheidungen noch mehr in den Fokus zu rücken.

Etwas skurril wirkt nur, dass der Antrag zu Glyphosat so lange durch die falschen Ausschüsse getourt ist. „Andere Priorisierungen“ gab die Stadt als Grund an. Die Bergheimer Politiker haben nun die richtigen Prioritäten gesetzt.